

Vortrag von **Dr. Otto Wenzel** in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus über den Nationalen Verteidigungsrat der DDR am 16.11.1995

"Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989"

lautet der Titel des Buches, das Dr. Otto Wenzel vorstellte (Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1995, brosch. 332 Seiten, 38 DM. ISBN 3-8046-8824-1).

Die Arbeit ist das Ergebnis einer Recherche über 20 Monate im Bundesarchiv (früher Militärgeschichtliches Institut der NVA) in Potsdam.

Der Autor, geboren 1929 in Prag, studierte Geschichte und Germanistik an der Karl-Marx-Universität in Leipzig und ab 1951 an der Freien Universität in Berlin (West), promovierte 1955 mit einer Arbeit über die KPD im Jahre 1923, war 1956 bis 1970 im Höheren Schuldienst tätig (seit 1966 als Oberstudiendirektor eines Gymnasiums), arbeitete 1970 bis 1985 als hauptamtlicher Bezirksstadtrat für Volksbildung in Berlin-Wedding und ist seit 1986 Lehrbeauftragter für Politik an der Technischen Fachhochschule Berlin.

Thema seines Buches und auch des Vortrages war jene Institution, die bei der immer stärker werdenden Militarisierung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens der DDR eine sehr entscheidende, bisher jedoch fast unbekannt Rolle spielte: Der Nationale Verteidigungsrat. Am 10.2.1960 geschaffen, oblag ihm - rein formal - "die zentrale Leitung der Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen"

(DDR-Verteidigungsgesetz von 1978, § 2, Abs. 1). Seine Mitglieder kamen alle ausschließlich aus dem ZK bzw. zumeist aus dem Politbüro der SED (1986 waren es z.B. 12 Politbüro- und 5 ZK-Mitglieder). In diesem Gremium befaßte man sich (bis 1971 unter dem Vorsitz von

Ul-bricht, danach bis 1989 unter Honeckers Leitung) in insgesamt 78 streng geheimen Sitzungen intensiv mit der Vorbereitung der DDR auf den Krieg.

Die Festlegungen des NVR sollten verbindlich sein für alle staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen sowie für jeden einzelnen Bürger.

Im Falle eines vom NVR zu beschließenden "Verteidigungszustandes" (statt der in den anderen Warschauer-Pakt-Staaten üblichen Bezeichnung "Kriegszustand" benutzte die SED bezeichnenderweise stets nur diesen verharmlosenden Terminus) hätten vom NVR auch alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden müssen, "einschließlich solcher, die abweichend von Gesetzen oder anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind" (Verteidigungsgesetz, § 4, Abs.3)

Dr. Wenzels Buch ermöglicht einen Blick in die Abgründe eines ebenso heuchlerischen wie militärisch aggressiven Regimes, dessen Repräsentanten einerseits gar nicht oft genug davon schwadronieren konnten, wie wichtig doch die Erhaltung des Friedens sei, daß diese Aufgabe die absolute Priorität vor allen anderen hätte, - und das andererseits aufwendig, gezielt und systematisch den Angriff übte, plante und die Bevölkerung ständig darauf vorbereitete.

Bereits am 23.11.1968 hatte das "Neue Deutschland" als Inhalt der "Militärdoktrin der DDR" (so die Überschrift) u.a. großspurig proklamiert: "Ein globaler Krieg zwischen Imperialismus und Sozialismus ... kann nur mit der völligen Zerschlagung der imperialistischen Streitkräfte auf ihrem Territorium enden ... Ein uns vom

westdeutschen Imperialismus aufgezwungener Krieg ... kann nur mit dessen endgültiger Vernichtung enden - eine geringere Zielstellung ist nicht möglich."

Ähnlich eine Vorlage für die 44. Sitzung des NVR (30.11.1973), in der zur "Abwehr einer Aggression" die Notwendigkeit von "weitläufigen militärischen Operationen auf dem Territorium des Aggressors" bis zur "endgültigen Zerschlagung des Gegners aus seinem Territorium" postuliert wird.

Es wirkt fast wie Ironie der Geschichte, daß gerade für derlei Ziele die wirtschaftlichen Ressourcen der DDR (wie auch der anderen Ostblockstaaten) hemmungslos verausgabt wurden, was letztendlich 1989 zum Desaster des Realsozialismus führte. Gerade die Sieges- und Überlegenheitsarroganz führte also schließlich zum totalen Fiasko.

Dabei war der Militarismus in der DDR gleichsam zu etwas Atmosphärischem geworden, dem sich niemand entziehen konnte. Wenn Honecker z.B. in der 66. Sitzung des NVR am 17.9.1982 von den Lehrern in den Schulen der DDR die "Vorbereitung auf den Verteidigungszustand als festen Bestandteil der täglichen politischen und pädagogischen Arbeit" sowie "große Anstrengungen für kriegsbezogenes Denken und Handeln" forderte, so zeigten solche Direktiven mehr und mehr Wirkung: Auf 1000 Einwohner in der DDR kamen 57 Bewaffnete, in der Bundesrepublik - umgerechnet auf die Bevölkerung - dagegen nur acht.

Dr. Wenzel brachte in seinem Vortrag auch drastische Beispiele dafür, wie die Kriegsvorbereitungen der SED auch noch zu Zeiten des von Gorbatschow proklamierten "neuen Denkens" unvermindert weitergeführt wurden.

So beschäftigte sich die vom NVA-Generalmajor Bruno Petroschka 1985 an der Dresdener Militärakademie "Friedrich Engels" erstellte Dissertation "Über die Angriffsoperationen zur Einnahme eines Ballungsgebietes aus der Bewegung ohne Einsatz von Kernwaffen" mit der Stadt Hannover als "Modell".

Dr. Wenzel zog hier einen Vergleich zur Bundesrepublik: Man stelle sich nur einmal vor, in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg (die kein Promotionsrecht hat) wären jemals in einer schriftlichen Ausarbeitung irgendwelche Überlegungen angestellt worden über eine eventuelle Eroberung Dresdens. Eine solche Arbeit wäre doch so-fort auf dem Tisch des MfS und dann des NVR gelandet und mit Triumphgeheul in der SED-Propaganda ausgeschlachtet worden. - Wenn es von seiten des "Klassenfeindes" jemals etwas derartiges gegeben hätte!

Ehemalige NVA-Offiziere, so Dr. Wenzel weiter, hätten ihm auch übereinstimmend berichtet, daß nach dem Fall der Mauer für sie der größte ideologische Schock darin bestanden habe, daß ihr Feindbild hinten und vorne nicht stimmte: Vor den Toren von Bundeswehr-Kasernen erleben zu müssen, daß am Freitag, Punkt 13 Uhr, Tausende von "Bundis" aller Ränge in ihren Privatfahrzeugen zu ihren Familien fahren, wäre für die NVA-ler ernüchternd gewesen. Hätte man gewußt, daß dieser "Klassenfeind" sozusagen am Freitagnachmittag die Kelle hinwirft und nach Hause fährt, man hätte selbst sich nicht nur Hunderte von durchwachten Wochenenden ersparen, man hätte vor allem eine solche Feindarmee in drei Tagen besiegen können...

Tatsächlich wurde in den Jahren 1985 bis 1988 alljährlich eine NVA-Kommandostabsübung mit der Tarnbezeichnung BORD-KANTE durchgeführt, bei der es um die Eroberung West-Berlins ging. 32 000 Mann sollten West-Berlin angreifen, wo nur 12 000 Mann der alliierten Truppen stationiert waren; die Stadt wäre völlig überrollt worden. Der damalige Leiter der Berliner Stasi-Bezirksverwaltung, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, unterzeichnete am 5.8.1985 eine Anordnung, in der bis ins Detail festgelegt wurde, wie im Zuge der Okkupation Telefonleitstellen, Polizeireviere, Wasserwerke, Feuerwehren, Rundfunk

und Fernsehen, die Parteizentralen, das Abgeordnetenhaus u.v.a. zu "übernehmen", vor allem auch, welche Personen sofort festzunehmen seien.

Andere Konzepte sahen den Vorstoß der NVA bis nach Jütland, gegen das Ruhrgebiet und Luxemburg vor.

Wie ernst diese Kriegsplanungen gemeint waren, zeigt die Tatsache, daß in der 61. Sitzung des NVR (23.6.1980) die Einführung von "Militärgeld" beschlossen wurde, das laut Protokoll "bei Handlungen auf gegnerischem Territorium zur finanziellen Sicherstellung von Versorgungsaufgaben und Wehrgeldzahlungen der NVA" sowie als "Zweitwährung auf gegnerischem Territorium" vorgesehen gewesen war.

Geldreserven der Emission 1955 im Werte von 4,9 Milliarden Mark wurden mit dem Aufdruck "Militärgeld" versehen und in den Staatsbank-Depots von Berlin, Leipzig, Weimar, Stendal und Bergen für den "Ernstfall" eingelagert.

Bezeichnend auch der Beschluß der 69. Sitzung (25.1.

1985), welcher die Einführung eines "Blücher-Ordens für Tapferkeit" und einer "Blücher-Medaille für Tapferkeit" jeweils in Bronze, Silber und Gold für Divisions- und Regimentskommandeure für den Tag der Mobilmachung vorsah. Mit vorausplanendem Siegesoptimismus waren bereits 8000 Exemplare geprägt worden. Andere Beschlüsse beinhalteten die Bereitstellung von Brückenbausätzen, die für die Überquerung von Rhein und Donau geeignet waren, von Eisenbahnwaggons, die für den NVA-Militärtransport auf westlichen Gleisen umgerüstet werden mußten, oder von Straßen-, Verkehrs- und Verbotsschildern, die im Zuge eines Durchstoßes zum Rhein aufzustellen gewesen wären (beispielsweise sollte die Düsseldorfer Königsallee in Karl-Marx-Allee umbenannt werden). Für die "befreiten Gebiete" sollte das "Neue Deutschland" Extrablätter herausbringen. In der DDR sollten im Kriegs-zustand außer dem ND, der "Jungen Welt" und der Ost-"Berliner Zeitung" keine anderen Presseorgane mehr erscheinen. (Bezeichnenderweise sind dies die einzigen überregionalen Zeitungen aus der ehemaligen DDR, die auch heute im wiedervereinigten Deutschland tatsächlich noch erscheinen. Doch so haben es sich die SED-Strategen bestimmt nicht gedacht...)

Erwähnenswert ist auch, daß 14 von 53 Universitäten und Hochschulen der DDR im "Verteidigungszustand" geschlossen werden sollten.

Aus einem Bericht des Ministeriums für Schwermaschinen- und Anlagenbau (MfSAB) der DDR an den NVR vom 3.7.1975 (47. Sitzung) geht hervor, in welchen Dimensionen man die Frage nach "rollendem Material" vorausplante. Es ging dabei um die Instandsetzung von Panzern und gepanzertem Material im Ernstfall. Der Volkswirtschaftsplan 1975 sah hier 616 Stück vor, der sog. B-Plan (also das erste Kriegsjahr) veranschlagte jedoch 18436, also 30mal mehr.

Ein besonderes Prunkstück für die Kriegsplaner befand sich in einem Nebengebäude des DDR-Verteidigungsministeriums in Strausberg. Über eine 13 mal 21 Meter große Re-liefkarte, die den Raum von den Alpen bis Holland und Südschweden detailliert nachbildete, konnte man sich auf einer fahrbaren 20-Personen-Bühne an all die Zielorte rollen lassen, an denen dann einmal im Ernstfall das re-alsozialistische "Menschenmaterial" bedenkenlos "verheizt" werden sollte.

"Si vis pacem, para bellum" (Wenn du Frieden willst, be-rite den Krieg vor), lautete schon um 400 n. Chr. die Maxime des römischen Militärschriftstellers Vegetius, seitdem immer wieder mißbraucht und pervertiert.

In unseren Tagen war eine ebenso zynische wie logische Nebenwirkung derartigen Mißbrauchs, daß die Kriegsplaner des SED-Staates ihrem "Menschenmaterial" 28 Jahre lang den rein zivilen, friedlichen Zugang zu eben jenen Zielorten im Westen mit Mauer, Schießbefehl und Selbstschußanlagen verwehren mußten, weil sie vor ihrem eigenen Volk viel mehr Furcht haben mußten als vor dem "Klassenfeind" jenseits der Grenzen. Zu den Aufgaben des NVR gehörte denn auch der "Schutz der Staatsgrenze"

vor denjenigen, welche für die Machthaber doch eigentlich militärische Siege erringen sollten, und die doch schließlich das Regime zum Einsturz brachten, indem sie einfach nur noch "raus" wollten - gewissermaßen als ganzes Volk "fahnenflüchtig" wurden.

Das Protokoll der 45. Sitzung (3.5.1974) enthält hierzu eine Passage, die ihre Entstehung nur einem Zufall verdankt und die sich doch für die Zeit nach dem Ende der DDR als folgenschwer erweisen sollte. DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann war erkrankt und konnte den Termin nicht wahrnehmen. Also beauftragte er Generalleutnant Fritz Streletz, für ihn - entgegen der üblichen Praxis - eine ausführliche Niederschrift mit allen Diskussionsbeiträgen zu fertigen. Der General führte diese Anweisung gewissenhaft aus, und so wurde auch festgehalten, was Honecker zur Lage an der innerdeutschen Grenze zu sagen hatte. Er meinte "Grenzdurchbrüche" dürften "überhaupt nicht zugelassen werden", es müsse überall "ein einwandfreies Schußfeld gewährleistet werden". Vor allem aber: "Nach wie vor muß bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, und es sind die Genossen, die die Schußwaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen." Als nach dem Ende der DDR und der Wiedervereinigung Honecker und andere Mitglieder des NVR sich wegen der Tötung von Flüchtlingen vor dem Berliner Landgericht zu verantworten hatten, konnte auch auf diese unplanmäßigen Aufzeichnungen zurückgegriffen werden.

Wie überhaupt Dr. Wenzels Buch wieder einmal zeigt, daß sich der politische und moralische Bankrott der einstigen roten Machthaber durch nichts so drastisch dokumentieren läßt wie durch Selbstzeugnisse. Treffend meinte Dr. Wenzel am Schluß: "Wenn man das alles so liest, besteht für DDR-Nostalgie wirklich kein Anlaß."

Hans Brückl